

Das Zentralkomitee verspielt unsere Zukunft

Kennen Sie noch den Satz „Was will uns der Künstler damit sagen?“?

Man steht vor einem Bild, einer Skulptur oder einem Arrangement und fragt sich, was ist die Aussage, was die Nachricht oder neudeutsch die „Message“, die transportiert werden soll?

Bei einigen Kunstwerken tun wir uns schwer, da diese „Message“ offensichtlich einfach nicht vorhanden oder sehr gut versteckt ist. Das nebenstehende Bild macht es uns ziemlich einfach, sind doch auf diesem zumindest im Vordergrund mit Merkel, Hofreiter und Spahn mehr oder weniger verhasste Protagonisten auf Leinwand gebannt. Im Hintergrund und nur als Beobachter, versteckt sich ein nichtssagender, weder bejubelter noch gehasster, eher gesichtsloser Scholz. Nicht nur mit dem Gesichtsausdruck und dem Habitus, sondern auch der Bekleidung werden die grundlegenden Charakterzüge der Abgebildeten aufgezeigt, die Infantilität von Merkel, die Selbstverliebtheit von Spahn und die in Lumpen gehüllte Eitelkeit von Hofreiter. Und trotz dieser Unterschiede sind sie stellvertretend für alle anderen Beteiligten gemeinsam verantwortlich, dass in der gesamten Regierungspolitik unter Zuhilfenahme von gezinkten und aus dem Ärmel gezauberten Karten fragile und instabile Häuser gebaut werden, die früher oder später zusammenkrachen müssen, weil sie an der Realität scheitern. Ungeachtet dieser nicht wegdiskutierbaren Tatsache verspielen die Regierungspolitiker mit immer neuen errichteten Kartenhäusern die Zukunft Deutschlands.

Karsten Hilse, MdB

Semper sursum oder immer aufwärts

Wie es endet ist bekannt, seit Honeckers „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“. In Merkels Drohungsszenarium „Wir schaffen das“, sind wir inzwischen mittendrin. Auf dem Bild sieht man abgehobene Berliner Politartisten, dem Volk schon Lichtjahre weit in unerreichbare Höhen entschwunden. In ihrem Straucheln finden sie nur noch aneinander Halt, während das Kartenhaus schon in alle Richtungen auseinanderfliegt. Die Nationalfarben kugeln im billigen Spiel durch die Raute. Kein Ernst, keine Verantwortung, nur selbstgefälliges zynisches Gehabe. Wie Junkies können diese Politdarsteller nicht genug kriegen. Immer mehr muß herhalten für den nächsten Machtrausch. Unter Welttretung geht gar nichts. Wenn das eigene Land und Volk dabei draufgehen, dann waren sie eben der großen Aufgabe nicht würdig. Das hatten wir schon einmal! Und dort treibt es heute wieder hin. Übelste Propaganda, gleichgeschaltete Medien, Lüge folgt auf Lüge, Amtsmissbrauch und Gesetzesbruch, „alternativlose“ Fehlentscheidungen diesmal an allen Fronten. Immer neue Provokationen gegen das eigene Volk denken die Junkies sich aus, um zu sehen, wie weit man Sucht und böses Spiel noch treiben kann. Wir sagen Schluß damit! Bis hierher und nicht weiter, sonst ist unser Land verloren. 2021 AfD wählen!

Kann man die derzeitige Situation besser darstellen?

Unbescholtene rechtschaffende Bürger kann man ungestraft als Nazi bezeichnen zur Verhöhnung aller Opfer des Nationalsozialismus.

Es reicht jedem von Corona und es reicht jedem von dieser Regierung.

Alternativlos dargestellte Politik der Provokation gegen das eigene Volk in Tateinheit mit



Amtsmissbrauch und diese Politik durchzusetzen.

Das Weltbild derer wird einmal zusammenstürzen wie das Kartenhaus.

In so einer aufgeheizten Stimmung noch Öl ins Feuer zu gießen.

Freiheit durch Impfung wird zynisch angekündigt.

MdB Karsten Hilse
Sprecher Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Mitglied des Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion
Direktmandat für den Wahlkreis Bautzen

KarstenHilse.de

Vor kurzem ist in der Sächsischen Zeitung eine kleine Sensation geschehen. Auf fast einer ganzen Seite erschien im Feuilleton ein Beitrag mit dem Titel „Schluss mit der Kontaktschuld“.

Der langjährige sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Michael Beleites, darf darin die Beschneidung der Meinungsfreiheit und den „Eifer bei der Diffamierung“ kritischer Bürger beklagen.

Das Hauptinstrument derjenigen, die das Sagbare einschränken wollen, um die Deutungshoheit zu erlangen, ist in der Tat die „Kontaktschuld-Logik“. Sie beinhaltet zwei Schritte: Als erstes werden einzelne Oppositionelle gebrandmarkt. Danach wird all jenen, die mit diesen Menschen Kontakt haben, ebenfalls eine extremistische Gesinnung ange-dichtet.

Das ist in doppelter Hinsicht perfide. Zum einen darf es in einer Demokratie keine Kriminalisierung von Meinungen geben. Die rote Linie muss vielmehr dort verlaufen, wo Straftaten beginnen. Zum anderen ist es denunziatorisch, Menschen an den Pranger zu stellen, nur weil sie sich mit anderen unterhalten haben oder eine bestimmte Veranstaltung besucht haben, auf der zufällig auch Person X anwesend war.

Besonders entsetzlich ist die Kontaktschuld-Logik, wenn dadurch auch Familienmitglieder ins Visier geraten und im schlimmsten Fall Opfer von politisch motivierten Anschlägen werden. So erging es im November z.B. der Frau unseres Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Zickler.

Ihr Kiosk in der Dresdner Neustadt wurde mit zwei Ziegelsteinen schwer beschädigt, nachdem wenige Tage zuvor in der Sächsischen Zeitung ein irreführender und fehlerhafter Artikel über ihren Mann erschienen war.

Aufgrund solcher inakzeptablen Vorkommnisse müssen wir über die Akteure der Kontaktschuld-Logik sprechen: Es handelt sich hierbei um eine Gruppe aus anonymen Denunzianten im Internet, Journalisten, dem sogenannten „Verfassungsschutz“ und Poli-

kern wie dem Ost-Beauftragten der Bundesregierung Marco Wanderwitz (CDU).

Das Spiel, das sie betreiben, läuft meist ähnlich ab: Sie picken sich einen Oppositionellen heraus. Diesen nutzen sie als Zielscheibe, den sie mit Schmutz bewerfen. Dann beginnt das Zitierkarussell. Das heißt: Zunächst kursieren auf Twitter böswillige Anschuldigungen von Antifa-Aktivisten.

Politiker wie Wanderwitz, der einen sächsischen AfD-Bundestagsabgeordneten als „reinrassigen Nazi“ beleidigte, machen diese bodenlosen Unterstellungen dann salonfähig. Journalisten berichten schließlich, was Wanderwitz zu sagen hatte, und weil das nun überall steht, wird der Eindruck erweckt, es müsse sich ja deshalb um die Wahrheit handeln.

Was an diesem Punkt noch fehlt, ist die amtliche Bestätigung des „Verfassungsschutz“, der wie ein Regierungsschutz agiert. Doch weil dieser ebenfalls sammelt, was von angeblichen „Experten“ an Anschuldigungen verbreitet wird, steht das Ergebnis von Vornherein fest: Schuldig ohne Vorliegen tatsächlicher Beweise!

Als wäre eine solche Vorgehensweise für einen Rechtsstaat nicht schon bedenklich genug, folgt eine an das Mittelalter erinnernde Kollektivhaftung. Jeder, der mit einem angeblich „erwiesenen“ Extremisten gemeinsam gesehen wird, muss auch mit Repressalien wie einer staatlichen Durchleuchtung rechnen. Und wer wiederum auf diese Weise zum „Verdachtsfall“ wird, ist automatisch noch schärferen Angriffen der Medien ausgesetzt.

Die Akteure der Kontaktschuld-Logik bau-

en also darauf, dass sich ihre Vorwürfe zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung entwickeln. Schweren Schaden nimmt dabei die Meinungsfreiheit. Denn sie ist nur gegeben, wenn ich mich frei äußern kann, ohne eine soziale Isolation oder berufliche Nachteile befürchten zu müssen.

Von diesem Ideal sind wir jedoch weit entfernt. Die AfD wird daher nicht nur juristisch gegen den „Verfassungsschutz“ vorgehen. Wir werden auch unablässig für eine freie Gesellschaft eintreten, in der jeder mit jedem reden kann.

Wer diese Selbstverständlichkeit in Frage stellt, spaltet die Gesellschaft und durchschneidet das Band, das unsere Demokratie zusammenhält. Es ist nicht notwendig, mit jedem immer einer Meinung zu sein. Aber es ist notwendig, jedem zuzugestehen, sie bedenkenlos äußern zu können.

Jörg Urban, Mdl



Ohne Meinungsfreiheit keine Demokratie



Das stille Sterben der Wirtschaft verhindern



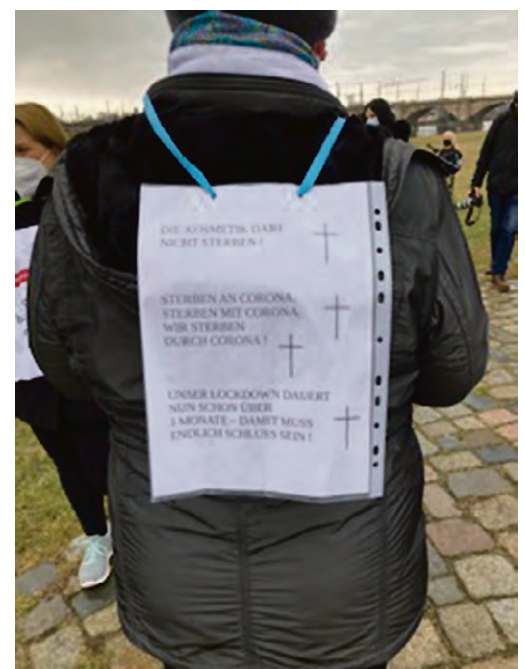
Am 28. Januar fand vor dem Landtag eine Demonstration der Friseur-, Kosmetik- und Nagelstudios statt. Die Teilnehmer der Demonstration, vor allem Frauen, berichteten über die katastrophale wirtschaftliche Lage. Es wurde von Filialschließungen, Perspektivlosigkeit und Ausbildungsabbrüchen berichtet. Hauptkritikpunkt war das Ausbleiben der versprochenen Hilfen. In meiner Rede im Landtag am 04. Februar bin ich auf die Existenznot der Betriebe eingegangen. Stellvertretend für alle durch die Corona-Maßnahmen geschädigten Unternehmen, habe ich das anhand von Friseur-, Kosmetik- und Nagelstudios erklärt. Zum Verständnis: es gibt 4.000 Friseurbetriebe mit 20.000 Angestellten, dazu 2.600 Kosmetikbetriebe mit 7.500 Beschäftigten. Wie meine Nachforschung ergeben hat, kann die Überbrückungshilfe III frühestens Anfang März beantragt werden, Auszahlung eventuell im April. Diese Hilfen dann noch Novemberhilfen zu nennen, ist ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Unternehmer. Ich fordere eine sofortige finanzielle Hilfe für die betroffenen Betriebe, statt eines Endlos-Lockdowns.

Mein Vorschlag wäre daher, Friseure und Kosmetiker als gesundheitsnahe Dienstleistung einzuordnen, bei Physiotherapie und Fußpflege geht das ja auch. Schon hier erkennt die Bevölkerung, dass die Maßnahmenpolitik zu 99 Prozent unlogisch, unverhältnismäßig und absolut willkürlich ist.

Meine Rede finden Sie unter YouTube: Timo Schreyer oder Friseure, Kosmetiker und Nagelstudios unter Pandemiebedingungen wiedereröffnen!

<https://www.youtube.com/watch?v=Plj5Zo1kJi0>

Timo Schreyer, MdL – Mitglied im Ausschuss Wirtschaft



Freiheit ist nicht selbstverständlich



Am 11. Januar 2021 bestätigte ein Urteil des Amtsgerichtes Weimar in Zusammenhang mit den Corona-Restriktionen, dass die sogenannten „Lockdowns“ mit unserem Grundgesetz nicht in Einklang zu bringen sind, wörtlich „verfassungswidrig und damit nichtig sind“. Das Gericht stellte fest, „Es gab keine ‚epidemische Lage von nationaler Tragweite‘“. Und weiter wird angeführt: „Es gehört zu den grundlegenden Freiheiten des Menschen in einer freien Gesellschaft, dass er selbst bestimmen kann, mit welchen Menschen (deren Bereitschaft vorausgesetzt) und unter welchen Umständen er in Kontakt tritt. Die freie Begegnung der Menschen untereinander zu den unterschiedlichsten Zwecken ist die elementare Basis der Gesellschaft. ... Mit dem Kontaktverbot greift der Staat ... die Grundlage der Gesellschaft an, indem er physische Distanz ... erzwingt.“ Die Rechtskräftigkeit des Urteils steht zurzeit (Anfang Februar) noch aus, aber an den 19 Seiten fundierter Urteilsbegründung werden andere Instanzen kaum vorbeikommen. Der Weimarer Richter erklärte einen Bußgeldbescheid gegen einen Mann für unzulässig, dessen Verstoß darin bestand, daß er mit seinen Freunden in einem Hinterhof Geburtstag feierte. Der Richter spricht von einem Angriff

auf „die Grundlagen der Gesellschaft“ durch die Regierenden. Das ist starker Tobak! Die Antwort auf eine Anfrage an den Bautzener Landrat ergab, daß im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Corona-Verordnungen und Allgemeinverfügungen im Landkreis Bautzen im Jahr 2020 1.320 Verwarn- und Bußgeldverfahren durchgeführt wurden. Die Summe der dabei eingenommenen Gelder betrug 88.672 Euro. 1.320 Ordnungssünder entsprechen etwa 0,44 Prozent der Einwohner des Landkreises Bautzen. Für den Freistaat Sachsen hochgerechnet wären das rund 18.000 Sünder und für Deutschland 365.000, für den Freistaat 1,2 Millionen Euro Bußgeld, für die Bundesrepublik 24,5 Millionen. Das heutige Deutschland von Merkel, Söder, Drost, Wieler und Haldenwang ist auf dem besten Weg, das freiheitsfeindlichste Deutschland aller Zeiten zu werden, amtsgerichtlich festgestellt mit Urteil vom 11.01.2021 - 6 OWi - 523 Js 202518/20. Die AfD sieht unser Land an einem Wendepunkt stehen: Freiheit ist weder selbstverständlich, noch ein Geschenk. Freiheit muß verteidigt und immer wieder neu errungen werden.

Peter Schulze, Kreisrat

Die beschränkte Einsicht der Untertanen

Dem preußischen Innenminister und Reform des Zuchthauswesens, Gustav Adolf Rochus von Rochow (1792-1847) wird folgender Text zugeschrieben:

„Es ziemt dem Untertanen (...) Gehorsam zu leisten und sich bei Befolgung der an ihn ergehenden Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit dafür übernimmt; aber es ziemt ihm nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelfhaftem Übermute ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.“

Heute stellt sich die Frage, ob gesetzestreue konservative Bürger in der vermutlich größten Krise unseres Landes nach dem 2. Weltkrieg überhaupt noch protestieren können? Wenn unkoordinierter Protest aufflammt, dann verpufft er meist wirkungslos unter Polizeiwillkür. Dazu kommt die unterwürfige Demuthaltung der meisten Menschen. Sie ist es, die jeden ziel-

führenden Protest mutiger und mündiger Bürger ins Leere laufen läßt und die Clique um Merkel nur noch bestärkt in ihrem Handeln. Der allgemeine Irrsinn und das Anziehen der Daumenschrauben lassen die Menschen inzwischen akzeptieren, daß sie nur noch zur Arbeit raus und öffentlich keinen Alkohol trinken dürfen, Begegnungen vermeiden und 22 Uhr wieder drin sein müssen. Im Justizwesen nennt man das „offener Vollzug“. Hundertschaften von Polizei kontrollieren Skipisten, Schlittenbahnen, Wandergebiete. An Bundesstraßen werden Autofahrer hinsichtlich der Entfernung zum Wohnort über-

prüft und bei Verstößen abgestraft. Was bis jetzt noch fehlt, sind Feldjäger aus der sogenannten Zivilgesellschaft und Standgerichte zur Sofortvollstreckung gegen Ungehorsame.

Trotz alledem, es regt sich Widerstand. Jeder Böller am Jahresende war eine erhobene Faust gegen Merkel, jeder Spaziergang an der frischen Luft und jede Schlittenfahrt mit den Kindern werden zu Protestaktionen. Hinter jedem Licht, welches plötzlich im Fenster oder öffentlichen Raum leuchtet, steht ein Mensch, der protestiert. Jedes Kreuz auf einer Maske zeigt, daß der Träger nur der staatlichen Machtausübung gehorcht.

„Wir machen auf“ sagten etwa 50.000 Wirte in Italien am 15. Januar, und keiner konnte es verhindern. Auch in Deutschland wächst der Unmut, je mehr aufstehen und mittun, umso schneller gerät der Staat an die Grenzen seiner Unterdrückungsmöglichkeiten. **Die AfD steht an der Seite jener, die friedlich, kreativ und mutig der Merkel-Clique die Stirn bieten.**

Peter Schulze, Kreisrat



Wir können Präsenz...

... mit diesen Worten eröffnete unser Generalsekretär Jan Zwerg am 06.02.2021 unseren Listenparteitag zur Wahl der 20 Kandidaten in den Bundestag. Der Parteitag fand auf Grund der angeordneten Hygienemaßnahmen in den Dresdener Messehallen statt. Als Ehrengast konnten wir Alexander Gauland begrüßen, Ehrenvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion. Dieser sprach zu Beginn ein emotionales, einendes und mitreißendes Grußwort.

Neben erfahrenen Mitgliedern des Bundestages wie Tino Chrupalla, Jens Maier, Siegbert Droese, Ulrich Oehme und Christoph Neumann wurden Karsten Hilse, Andreas Harlaß und Holger Prade auf die Liste gewählt.

Karsten Hilse aus Lohsa bewirbt sich nun auf dem Listenplatz 4 und als Direktkandidat für den Wahlkreis 159 - Bautzen I und damit um die Fortsetzung seiner erfolgreichen Arbeit im Bundestag. Nach dem Sieg gegen den CDU - Kandidaten im Jahr 2017 baute er in den vergangenen 3 ½ Jahren den Arbeitskreis „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ in der AfD-Fraktion auf.

Andreas Harlaß aus Dresden tritt auf der Landesliste auf Platz 5 an und ist auch Direktkandidat für den Wahlkreis 160 - Dresden II Bautzen II. Er hat viele Jahre Medien-erfahrung u.a. als Autor bei der Jungen Freiheit und arbeitet als Pressereferent in der AfD-Fraktion des sächsischen Landtages.

Holger Prade aus Radeberg bewirbt sich auf Platz 19 der Landesliste um ein Bundestagsmandat. Er arbeitet seit dem Einzug der AfD in den Bundestag als Büroleiter des Bundestagsmitgliedes Nicole Hoechst und arbeitet dort u.a. im Bereich Familie und Jugend.

Herzlichen Glückwunsch an die gewählten Kandidaten. (alle Listenkandidaten auf www.afdsachsen.de/kandidaten/)

Ein großer Dank gilt Arno Bausemer und Torben Braga für die hervorragende Versammlungsleitung sowie allen Helfern und Organisatoren. Unter Corona-Regeln und Hygienekonzept wurden die über 750 Mitglieder, Helfer und Kandidaten sehr gut und vor allem zeitnah durch die Veranstaltung geführt. Unser Dank gilt auch den Mitgliedern, die durch ihre Disziplin zum Gelingen des Parteitages beitrugen. Am 07.02.2021 gegen 20:45 Uhr war der Parteitag beendet, natürlich mit unserer Nationalhymne.



Kurzmeldung vom AfD-Parteitag:

Wahre Worte sprach Michael Klonovsky auf dem Aufstellungsparteitag für die Kandidaten zur Bundestagswahl der AfD am 06.02.2021 in Dresden:

„Es gibt in der Union momentan keinen Einzigen, der eine politische Agenda schreiben könnte. Da ist nach 15 Jahren Merkel nicht nur null Charakter übrig, sondern auch kein geistiges Gewicht. Darum übernehmen sie das grüne Programm und die Agenda der Globalisten. Die Medien und zahlreiche NGOs wirken als Treiber. Die CDU betrügt ihre Wähler mit linken Themen. Dafür bleibt sie an der Macht – als Hülle, die andere mit Inhalt füllen.“

Die anderen sind die Grünen, liebe Leser. Kein roter, sondern grüner Kommunismus droht unserem geliebten Vaterland. Das wollen wir verhindern – 2021 die AfD wählen.

Dank an das Mitteilungsblatt – denn ohne Meinungs-
vielfalt keine Demokratie

Mitteilungsblatt

Ihre Heimat- und Bürgerzeitung im Landkreis Bautzen

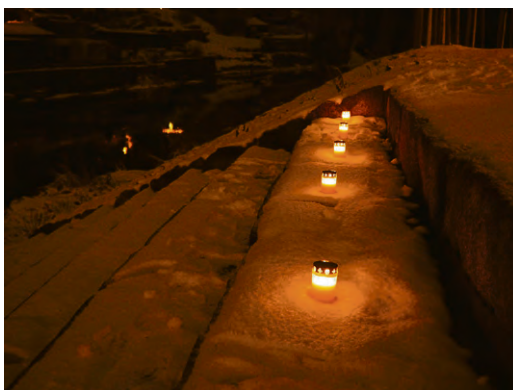
Das Mitteilungsblatt verwehrt uns Anfang des Jahres eine Neu-
jahrsannonce zu drucken. Dies wurde nun persönlich von den An-
zeigenberatern des Linus Wittich Verleges widerrufen, Anzeigen
sind für die AfD zugelassen.

Wir freuen uns, dass nun auch das Mitteilungsblatt demokratische
Meinungsvielfalt gewährt.

Vielen Dank an alle unsere Unterstützer, die das Mitteilungsblatt auf
den rechten Weg gebracht haben. Mit politischer Kommunikation
in der demokratischen Gesellschaft sollte uns auch der Platz ein-
geräumt werden, welcher der AfD als größte Oppositionspartei im
Landreis zusteht.

*Cordula Gneuß, Stadträtin im Stadtrat Kamenz,
Kreisrätin LK Bautzen*

Corona-Prottest – kritisch, patriotisch, unbeugsam



Welches Protestpotential gegen die Zer-
störung unseres Landes sich inzwischen in
allen Bundesländern entwickelt, machte
2020 die Querdenkerbewegung der Ber-
liner Clique im Kanzleramt sehr deutlich.
Die großen Proteste in Berlin, Wien, Paris
oder Barcelona schaffen es sogar in deut-
sche Medien. Darüber hinaus gibt es aber
eine Unmenge an örtlichen Initiativen, die
kreativen Widerstand planen und ausüben.
Weil das nicht sein soll, wird es von den



offiziellen Medien auch nicht verbreitet. Die
BLAUE POST BAUTZEN recherchierte und
trug Beispielen zusammen: Die sonntäg-
lichen Proteste an der B 96 sind in unserer
Region am bekanntesten. Deutschlandweit
tun sich auf Autobahnen
und in Städten Langsam-
fahrer zusammen, an den
Seitenscheiben Schilder
wie „Das System aus-
bremsen“ oder es gibt
Autokorsos mit Hupkon-
zerten. Lichter im öffent-
lichen Raum sah man zu-
erst am Rhein. An unsere
Freiheitsrechte sollten sie
mahnen. Inzwischen ent-
wickelt sich daraus eine
Bewegung. Hinter jedem
Licht steht ein Patriot, ein
freiheitsliebender Mensch
und Kritiker der Regie-
rung. Wird es bald ein un-
übersehbares Lichtermeer
geben? Geldscheine
werden mit Botschaften

beschriftet. Das ist weder verboten, noch
entwertet es den Schein. Rechtlich gesehen
gehören die Geldscheine demjenigen, der
sie besitzt. Da es noch keine wandernden
Polizeistreifen gibt, umgehen viele die Kon-
taktbeschränkungen beim gemütlichen Tref-
fen in Schutz- oder Wanderhütte bei Kaf-
fee und Kuchen, wahlweise Glühwein aus
der Thermosflasche. Andere bringen sich
einen Tisch und Sitzgelegenheiten mit, stel-
len diese in Gaststättennähe auf und holen
sich dort Essen ab. Beliebt sind Gaststätten
an Parkplätzen. Man sitzt vor seinem Auto
und isst gemeinsam. Ohne Maske, eben Pro-
test-Essen! Kreativ und unbotmäßig sind Ant-
worten vieler Bürger auf die zunehmende
Unterdrückung. Leider wird von den Macht-
habern die Polizei dazu mißbraucht, den le-
gitimen Bürgerwillen zu

brechen. Es etablieren sich
Polizeistaatsmetho-
den. In Kleinstädten pat-
rouilliert berittene Polizei
zur Einschüchterung der
Bürger. Horrende Buß-
geldbescheide werden
wegen Nichtigkeiten
wie Rodeln verhängt.
Mehr und mehr Bürger
durchschauen das und
begehren auf, vor allem
auch Bürger in Uniform.
So kann es nicht weiter-
gehen, meint nicht nur
die AfD. Viele Menschen
werden zunehmend ak-
tiv im Widerstand.



Peter Schulze, Kreisrat



Mangelnder Sparwille – explodierende Personalausgaben in sächsischen Ministerien drohen!

Der Etat im Aktuellen Doppelhaushalt Sachsens für das Jahr 2021 beträgt 21,2 Milliarden Euro.

Das finanzschwache Sachsen leistet sich Personal das 10 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt. Aktuell ist ein weiteres Aufblähen der Ministerien mit mehr Ministern und Staatssekretären sowie 270 zusätzlichen Stellen geplant. Ab 2023 sind ca. 2 Mrd. Euro Defizit pro Jahr nicht ausgeschlossen.

Timo Schreyer MdL erklärt: „Auch Sachsen muss lernen mit weniger Personal auszukommen und anfangen zu Sparen. Wieso hier ein erheblicher Personalzuwachs eingeplant ist trotz weiterem Bevölkerungsrückgang

in Sachsen und der Rationalisierung durch Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben kann nicht nachvollzogen werden. Dafür habe ich nicht für die Neuaufnahme von 6 Mrd. Euro Schulden des Corona-Bewältigungs-Fonds gestimmt, dass dieser in zusätzliches Personal geht. Die AfD wird sich hier mit aller Kraft gegen Personalwuchs im Parlament stellen. Gleichzeitig ist eine Kürzung im Kommunalen Straßenbau von erheblichen Summen angedacht.

Das ist nicht hinnehmbar!

Ich fordere daher von der sächsischen Staatsregierung: Kein Geld für zusätzliches Personal, sondern Investition in dringende Infrastrukturprojekte. Kein Geld für ideologische Genderprojekte, sondern in weitere Projekte für die Digitalisierung der Schulen.

Wir, die AfD werden der Regierung genau bei den kommenden Haushaltsverhandlungen auf die Finger schauen und einer weiteren Neuverschuldung sowie Verschleuderung, der aus Steuern finanzierten Haushaltes entgegenwirken.“

*Timo Schreyer, MdL
– Mitglied im Ausschuss Wirtschaft*



Noch ein Wahlbetrug!

Vor der letzten Landratswahl 2016 hat die Kreis-CDU in einer Postwurfsendung für einen stabilen Haushalt im Kreis Bautzen geworben. Dem Wähler wurde vorgegaukelt, daß nur mit ihr das Finanzwesen des Kreises sich in sichere und ruhige Fahrwasser bewegt.

Auch hier wurde der Wähler betrogen. In Wahrheit gleicht der vorgelegte Haushaltsplan für 2021/22 einem Offenbarungseid jahrelanger CDU/FDP Herrschaft.

Das vorhandene Defizit von 23,1 Mio. € kann nur mit Hilfe sämtlicher Rücklagen in Höhe von 38 Mio. €, von denen wiederum 19 Mio. € nur durch Buchungstricks zustande kommen, gedeckt werden.

Außerdem müssen 25 Mio. € Schulden aufgenommen werden, um bis 2022 über die Runden zu kommen.

Die mittelfristige Finanzplanung schmiert ab 2023 in den freien Fall ab: Nur mit 94 Mio. € Neuschulden vermag sie überhaupt darstellbar zu werden, ein Haushalt ohne die massive Schröpfung der Gemeinden ist auch dann nicht absehbar.

Der CDU – Ziehsohn und 1. Beigeordnete Udo Witschaft sagt dazu: „Wir verschaffen uns nur Luft.“

Ich sage: Auch dies ist Wählerbetrug.

*Henry Nitzsche
Vorsitzender AfD-Kreistagsfraktion*

Aktuelle Kurzmeldung

Bautzen. Das Aus für die neue Verbindung zwischen Prottschenberg und Ortenburg scheint besiegelt zu sein. Der Stadt Bautzen fehlen seit der letzten Stadtratssitzung 2,6 Mio. Euro im Ergebnishaushalt. Finanzbürgermeister Dr. Robert Böhmer sagte: „Damit ist die politische Aufgabe für die nächsten Jahre klar umrissen: Wir können nicht mehr uneingeschränkt Wünsche erfüllen, auch wenn sie noch so plausibel erscheinen.“

Peter Schulze, Kreisrat



Blühende Landschaften – oder was der Lausitz blüht Folge 1

Trotz der kumulierten Corona- Infektionen konnte die „Wirtschaftsregion Lausitz GmbH“ die „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“ planmäßig vorlegen. Dazu bedurfte es einer „Zukunftswerkstatt Lausitz“ mit Lenkungsausschuß, 25 Studien und Gutachten, sowie etwa 60 Autoren. Das entstandene „Kernpapier“ ist in „Zukunftsfelder“ gegliedert. Wer wissen möchte, wohin sich die Lausitz entwickeln soll und wird, dem sei die Lektüre empfohlen. Die BLAUE POST BAUTZEN stellt in mehreren Folgen kleine Ausschnitte aus den „Zukunftsfeldern“ vor. Gerade in einem Wahljahr wie 2021 sollten die betroffenen Menschen wissen, wohin die Reise mit den Altparteien geht. Denken wir nur an die rund 8.000 Mitarbeiter der LEAG Unternehmensgruppe und tausende von der Braunkohle abhängige Dienstleister. Die Landräte der Kreise Spree-Neiße und Görlitz, Bürgermeister als Sprecher der Lausitzrunde und Vertreter der Länder Sachsen und Brandenburg schrieben lobende Vorworte zum „Kernpapier“. Nachfolgend beackern wir die „Zukunftsfelder“ der Lausitz.

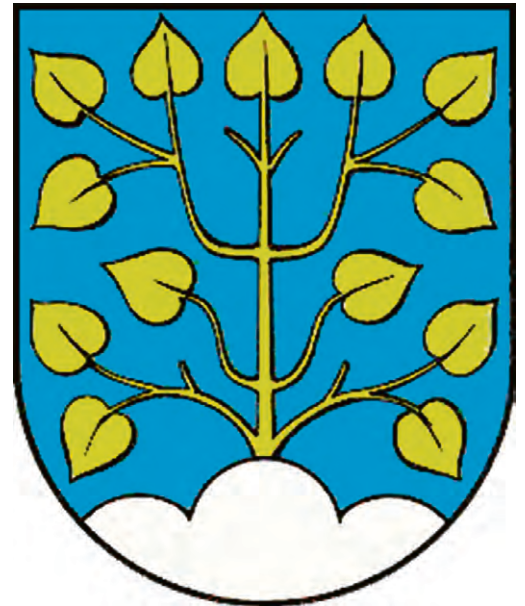
Attraktive Dörfer und Städte: Die Lebenszufriedenheit der Lausitzer wird künftig in *Work-Life-Balance* gemessen. Die Balance soll sich erhöhen durch die *Entwicklung von kreativen Angeboten im Sinne „Neue Orte des Arbeitens“*. Man meint damit *Co-Working-Spaces, Shared Offices bzw. Serviced Offices*. Für ein temporäres Arbeiten in der Lausitz gibt es *New Work 4.0, Home-Office und Co-Working*. Durch die *Etablierung des „Stadt-Campus-Prinzips“* wird sich die Attraktivität von Städten und Dörfern steigern. Für die Bildung der Lausitzer sollen die Voraussetzungen für *Homeschooling* geschaffen werden und ist für Schulen *Expertise zu adaptiv „atmenden“ Nutzungskonzepten einzuholen*.

Verkehrsinfrastruktur und Mobilität: *Bevölkerung sensibilisieren und trainieren*. Dann bedarf es einer *Mobilitätsagentur zur Unterstützung passgenauer Lösungen*. Die automobilen Berufspendler sind *keine Alternative*. Die Lösung: *Schnellbusverkehr insbesondere entlang stillgelegter Bahnstrecken*. Für Fehlstellen im Busnetz und die Überwindung der „letzten Meile“ steht *das Fahrrad als klimafreundlicher Lückenschluß in der Mobilitätskette*. Weitere Innovationen: *Errichtung von Radschnellwegen mit Vorrang des Radverkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr*. *ÖPNV mit Klein-Güterverkehr kombinieren und öffentliche Mobilität interkommunal, organisatorisch und institutionell vernetzen*.



Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Weißenberg



Weißenberg ist eine Landstadt mit 1000 Einwohnern im sorbischen Siedlungsgebiet gelegen. Im Wappen ist ein Baum zu erkennen.

Der Baum ist eines der Symbole des Lebens, zurück gehend auf die germanische Sagenwelt.

An der Wurzel sollen Schicksalsgöttinnen sitzen, die den Schicksalsfaden spinnen: Sie heißen Urd (Schicksal), Verdandi (das werdende) und Skuld (Schuld; das, was sein soll). Sie personifizieren Vergangenheit (Urd), Gegenwart (Verdandi) und Zukunft (Skuld).

Im Weißenberger Wappen erkennen wir eine Linde. Dieser Baum steht von jeher als Zeichen für die einfachen Leute.

13 Blätter zieren die Äste der Linde. Die Zahl 13, gemeinhin als unglücksbringende Zahl bekannt, soll provozierend dafür stehen, dass man das Böse nicht fürchtet.

Quellen: komoot, Wikipedia, privat

Spendenkonto:

Alternative für Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband
Bautzen Spende

Impressum:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilsch
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afd Bautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda